

Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit od. sonstig irgend welcher Störung d. Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Wöchl. — 55 Gold-Mark bei freier Zustellung; bei Abholung wöchl. — 50 Gold-Mark; durch die Post monatlich M 2.50 freibleibend.



Anzeigen-Grundzahlen in Goldmark: Die sechsmal gespaltene Petitzeile (Masse's Zeilenmesser 14) M — 20, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M — 15. Amtliche Zeile M — 60 und M — 45; Reklame M — 50. Tabellarischer Satz 50 Prozent Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigen gebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. — Briefkurs vom Zahlungstag. Mindestkurs: Tag der Rechnung. — Familien-Anzeigen nach ermäßigtem Tarif

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Bollung, Großhörn, Breinig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Stichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265. Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 127

Donnerstag, den 23. Oktober 1924

76. Jahrgang

Pulsnitzer Bank

e. G. m. b. H.

Pulsnitz und Ohorn

Wir verzinsen
Spareinlagen

zur Zeit
bis **15%** p. a.

Auf Wunsch Wertsicherung auf Dollarbasis.

Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten Bedingungen.

Commerz- und Privat-Bank

Aktiengesellschaft

Zweigstelle Pulsnitz

Amthlicher Teil.

Konkurswaren.

Im Ratskeller zu Pulsnitz, als Versteigerungsort, sollen meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden
Sonnabend, am 25. Oktober 1924, vorm. 10 Uhr

Frauen- und Kinderschürzen, Unterröcke, Faltenröckchen, Wolle, Garn, Hosen, Röcke, Stümpfe, Socken, Vorhemden, Badehosen, Sportwesten, Stoffe, Handschuhe, 1 Kleid, 1 Regal, 1 Schaufensiederessig usw.

Der Konkursverwalter
Hofmann.

Das Wichtigste.

Der Reichspräsident hat durch Verordnung vom 21. Oktober 1924 den Termin für die Wahlen zum Reichstag auf den 7. Dezember festgesetzt.

Die politische Welt: In der öffentlichen Presse wird mitgeteilt, daß der altsächsische Justizrat Glatz, der Herausgeber der Deutschen Zeitung, eine Sonderorganisation des extremen Flügel der Deutschnationalen vorbereite.

Der Deutschnationalen Parteitag für Ostpreußen findet am 25. ds. Mts. in Weissenau statt.

Die Auflösung des Reichstages wird im „Vorwärts“ mit den Triumpfworten begleitet, daß die Rechtsbildung der Reichsregierung an der republikanischen Gesinnung des Reichspräsidenten gescheitert sei.

Der „Courant“ rechnet für die deutschen Reichstagswahlen mit einer bedeutenden Stärkung der extremen Parteien und der weiteren Zerreißung der Mittelparteien. Der deutsch-feindliche „Telegraph“ schreibt, die Aussichten für die deutsche Demokratie sind die denkbar ungünstigsten.

Die Arbeitgeberverbände des Baugewerbes im Bezirk Frankfurt haben die Bauarbeitergewerkschaft ausgesperrt, da hier und in Mainz die Arbeitnehmer bei einigen Firmen in Streit getreten waren.

Die Londoner „Morningpost“ meldet aus Paris: Die Gefahr für den Fortbestand des Kabinetts Herriot bringe, wie auch in England, der Vertrag mit Sowjetrußland.

Nach Blättermeldungen aus Madrid, macht Spanien nach seinen gegenwärtigen Erfolgen gegen die Riffstahlen den Versuch, mit Abbel Krism Friedensverhandlungen einzuleiten.

Das Postministerium des Sowjetbundes wird eine neue Briefmarkenserie herausgeben. Die Postwertzeichen tragen das Porträt Lenings.

Großes Aufsehen erregte in englischen politischen Kreisen die Nachricht, daß der englische Geschäftsträger in Moskau, Hodgson, sich auf der Reise nach London befindet. Weder Macdonald noch das Foreign Office ist bisher über die Ursache dieser Reise unterrichtet.

Der 7. Dezember.

Am 7. Dezember also soll das deutsche Volk an die Urne treten und sein Urteil über die Politik der Regierung, aber auch über die Taten des letzten Reichstages abgeben. So notwendig es deshalb ist, jetzt den Blick nach vorne zu richten, so notwendig ist es auch, noch einmal nach rückwärts zu sehen und das Leben dieses Reichstages Revue passieren zu lassen, der ein so unrühmliches Ende wie keiner seiner Vorgänger gefunden hat. Den Inflationsreichstag nannten ihn alle die, die mit seiner Zusammenstellung nicht zufrieden waren, die vornehmlich den großen unbestreitbaren Erfolg der Deutschnationalen entwerfen wollten. Zugabe, daß sie in vielen Punkten recht hatten, zugegeben, daß die Stärkung der extremen Flügelparteien, der Kommunisten auf der einen Seite und der Deutschvölkischen auf der anderen, eine Fiebererregung war, hervorgerufen aus den Mißerfolgen unserer früheren auswärtigen Politik und aus einer Art wirtschaftlicher Verzweiflung, zugegeben, daß auch der Erfolg der Deutschnationalen mehr aus einer unbewußten Proteststimmung als aus einer überzeugten Rechtsanschauung des Volkes entstanden war — so ist damit noch keineswegs gesagt, daß der Reichstag ein so klägliches Ende nehmen mußte. Er war von Anfang an nicht arbeitsunfähig, er hätte die Möglichkeit einer konstanten Regierungsbildung in sich gehabt, wenn man sie

Ein Aufruf der Reichsregierung.

Berlin, 21. Oktober. Die Reichsregierung erläßt in später Abendstunde folgenden Aufruf:

An das Deutsche Volk! Nach kurzer Zeit steht das deutsche Volk wiederum vor der Aufgabe, einen neuen Reichstag zu wählen. Im alten Reichstag hatte die Regierung keine feste arbeitsfähige Mehrheit. Die mannigfachen, ernsthaften Bemühungen, eine solche zu schaffen, führten nicht zum Ziele. Letzten Endes scheiterten sie deshalb, weil die noch unter der Nachwirkung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs gestätigte Wahl am 4. Mat die radikalen Elemente viel zu sehr gestärkt und dadurch eine aufbauende Arbeit der übrigen Parteien außerordentlich erschwert wurde. Das Wohl des deutschen Volkes erfordert, daß dieser Mangel durch die Neuwahlen beseitigt wird. Nachdem der Londoner Pakt angenommen und seine Durchführung bereits eingeleitet ist, muß die unter schweren Opfern, aber mit höchstem Erfolg geführte Politik der Regierung folgerichtig fortgesetzt und für die Zukunft erhalten werden. Auch der wirtschaftliche Wiederaufbau hat eine ruhige Fortentwicklung der deutschen Politik nach außen und im Innern zur Voraus-

setzung. Diese ist aber nur dann gesichert, wenn sich alle am Wiederaufbau beteiligten Parteien entschlossen auf den Boden der Verfassung stellen und diese gegen jeden ungesetzlichen Eingriff, gleich von welcher Seite er kommen mag, verteidigen. Im neuen Reichstag müssen die einigenden Kräfte stärker sein, als die entzweienenden. Die radikalen Elemente sollten durch die Neuwahlen ausgeschaltet werden. Ist es nicht eine Schande, daß der deutsche Reichstag mit politischer Hilfe tagen muß und sich Extremes von links und rechts die Hand reichen, seine Arbeit zu sabotieren? Soll das deutsche Volk im Innern weiter gesunden und soll nach außen die neugewonnene Haltung Geltung erhalten und gemehrt werden, so muß die Regierung sich auf eine feste Mehrheit stützen können. Auch die Parteienzersplitterung der letzten Wahlen steht dem entgegen. Es dürfen nicht wie am 4. Mat nahezu eine Million Stimmen vergeblich abgegeben werden. Nicht in der Zersplitterung liegt das Heil, sondern im Streben zum Ganzen und zur Einheit. Möge sich das deutsche Volk von diesem Gesichtspunkte leiten lassen, wenn es bei der kommenden Wahl über seine Zukunft entscheidet.

nur auszunutzen verstanden hätte oder überhaupt nur auszunutzen wollte. Aber die Mißvergnügten dieser Wahl hatten ein Interesse daran, die Stabilität des Ausgangs anzuweisen. Anstatt, daß sie von ihrem demokratischen Standpunkt aus die Abstimmungen der Wähler als eine gegebene Größe anerkannten und mit ihr rechnen mußten, unterhöhlten sie die Stellung des Reichstages, um desto rascher aus einer Neuwahl ein besseres Ergebnis zu erzielen. Wollen wir abwarten, ob ihnen das gelingt.

Der erste Fehler jedenfalls, der gemacht wurde, ging vom Reichspräsidenten aus, oder vielleicht schon vorher von den amtlichen Pressestellen, die den Sieg der Deutschnationalen unter den Tisch fallen ließen, um dafür sehr komplizierte Berechnungen anzustellen über die Möglichkeit eines Weiterbestehens der großen Koalition, obwohl sie wissen mußten, daß zum mindesten eine der Regierungsparteien für ein Zusammenarbeiten mit den Sozialdemokraten nach den traurigen Erfahrungen des Vorjahres nicht mehr zu haben war. In den ausländischen Zeitungen, die ja am stärksten in solchen Dingen der amtlichen Beeinflussung unterliegen, weil ihre Berliner Vertreter den Dingen zu fern stehen, als daß sie mit eigenen Augen sehen könnten, ging man deshalb auch über das starke Anschwellen der Deutschnationalen zur Tagesordnung

über, um gleichzeitig den großen Verlust der Sozialdemokraten verschweigen zu können, die als der gegebene Regierungspartner für die Regierungskoalition der Mitte angepriesen wurden. Aber der Reichspräsident brauchte doch deshalb dieser Stimmungsmache nicht zu erliegen. Er mußte davon ausgehen, daß die Deutschnationalen die Einzigen waren, die aus dem Wahlkampf einen großen Erfolg mit nach Hause gebracht hatten, daß sie zudem die stärkste Partei geworden waren und infolgedessen in erster Linie Berücksichtigung verlangen konnten, wenn es galt, eine neue Regierung zu bilden. Hätte Herr Ebert die selbstverständlichen Folgen aus den Wahlen gezogen und Herr Hertig mit der Bildung des Kabinetts beauftragt, dann wären uns einige Monate der Unruhe und fruchtloser Parteikämpfe erspart geblieben. Nicht etwa, als ob wir glauben, daß Herr Hertig die Kabinettsbildung gelungen wäre. Dazu war den Deutschnationalen im Mat der Ramm viel zu geschwollen. Sie glaubten sich auf dem besten Wege, die Mehrheit des Reichstages allein erobern zu können und hätten deshalb jede andere Partei, die sie zur Mehrheitsbildung brauchten, nur als Anhängsel betrachtet, der sie glaubten ihre Bedingungen diktiert zu können und wären deshalb sehr rasch gescheitert. Herr Hertig hätte sich beim Zentrum, bei den Demokraten und vermutlich auch bei der Deutschen Volkspartei einen Korz

